

Presseinformation

zur Herbsttagung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.
am 4. und 5. November 2020

**Klimakrise!
Landwirtschaft als Täter – Opfer – Retter?**

Göttingen, 9. November 2020 – Täter, Opfer oder Retter? Die Mehrheit der rund 120 Teilnehmer*innen der Herbsttagung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. sieht die Landwirtschaft in allen drei Rollen. Welches die größten landwirtschaftlichen Emissionsquellen für Treibhausgase (THG) sind, mit welchen Strategien zur Emissionsreduktion die Landwirtschaft zum „Retter“ werden und wie die Politik Landwirtinnen und Landwirte bei ihren Bemühungen unterstützen kann, darüber wurde am 4. und 5. November 2020 zwischen den Teilnehmer*innen und Vortragenden rege diskutiert. Aufgrund der Corona-Situation fand die Tagung erstmals als Online-Veranstaltung statt.

„Die Corona-Pandemie hält die ganze Welt in Atem; dies darf jedoch nicht dazu führen, dass der Klimaschutz vernachlässigt wird“, betonte **Dr. Juliane Rumpf**, Vorsitzende der Agrarsozialen Gesellschaft e.V., in ihrer einleitenden Begrüßung, „und die Landwirtschaft kann und sollte wie alle anderen Wirtschaftssektoren auch einen angemessenen Anteil zur Entlastung beitragen“. Die Landwirtschaft habe die Chance, für Klimaschutz zu handeln, und sollte dazu den Mut haben, bekräftigte auch **Prof. Dr. Achim Bubenzer**, Klimafakten.de. Mut zum Handeln zu machen sei außerdem einer der wichtigsten Ansatzpunkte für eine erfolgreiche Kommunikation zum Thema Klimawandel.

Klimaziele der Politik und Maßnahmen zur Umsetzung

Dass und wie die Landwirtschaft von dem nachgewiesenen Temperaturanstieg und den teilweise extremen Wetterschwankungen betroffen ist, für welche CO₂-, Lachgas- und Methanemissionen sie verantwortlich ist und welche sinnvollen Beiträge sie beispielsweise durch Wiedervernässung organischer Böden, Zwischenfruchtanbau und Erhalt von Dauergrünland zur Entlastung leisten kann, erläuterte **Dr. Mathias Herbst** vom Deutschen Wetterdienst. Bei einem ungebremsten Anstieg der Treibhausgasemissionen werde die Landwirtschaft wie auch andere Sektoren sich mit erhöhten Produktionskosten bzw. vielfältigen Kosten der Anpassung konfrontiert sehen, die aber, wie auch die direkten Klimawirkungen, sehr unterschiedlich verteilt seien, abhängig davon, welche Regionen und Produktionszweige besonders betroffen sind, ergänzte **Prof. Dr. Hermann Lotze-Campen**, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK).

Nach Vorstellung der EU-Kommission soll Europa als erster Kontinent bis 2050 klimaneutral werden. Dieses Ziel ist auch im deutschen Klimaschutzgesetz, das im Dezember 2019 in Kraft getreten ist, verbindlich festgeschrieben. Um es zu erreichen, müsse die Landwirtschaft bis 2030 ihre THG-

Emissionen auf 58 Mio. t CO₂-Äquivalente reduzieren, erläuterte **Olaf Schäfer**, Unterabteilungsleiter Nachhaltigkeit, Nachwachsende Rohstoffe, Biodiversität im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). Das BMEL habe hierzu zehn Maßnahmen in das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung eingebracht und stelle für den Zeitraum 2020–2023 ca. 1,3 Mrd. Euro zur Umsetzung zur Verfügung. Digitale Technologien und Präzisionslandwirtschaft werden den Prozess der Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen wesentlich unterstützen.

Ebenfalls im Dezember 2019 habe die EU-Kommission mit dem „Green Deal“ eine Agenda vorgelegt, deren zentrales Element ein Klimazielpfad sei, der Klimaneutralität ab 2050 vorsehe und alle Sektoren in die Pflicht nehme, so **Prof. Dr. Martin Scheele**, Humboldt Universität Berlin. Auf Seiten der Landwirtschaft bestehe dabei umfassender Handlungsbedarf. Die landwirtschaftlichen Treibhausgasemissionen in Deutschland hätten sich in den letzten Jahrzehnten kaum verringert – Schwankungen seien weniger auf systemimmanente Anpassungen, sondern eher auf externe Faktoren wie Veränderungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die Abstockung der Tierbestände in den Neuen Bundesländern im Zuge der deutschen Einheit oder Extremwetterereignisse wie die Trockenheit 2018 zurückzuführen. Einer Strategie wie dem „Green Deal“ fehle indes die rechtliche Verankerung in den einzelnen EU-Programmen wie z. B. der GAP, bedauerte **Christian Rehmer**, Leiter Agrarpolitik beim BUND. Anstatt die GAP-Verordnungsentwürfe dementsprechend nachzubessern und an ihre neuen Strategien anzupassen, verweise die EU-Kommission auf die nationalen Strategiepläne.

MinDir'in Dr. Christiane Paulus, Abteilungsleiterin Naturschutz und nachhaltige Entwicklung im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, wünschte sich eine gezielte Förderung von positiven klima- und umweltwirksamen Maßnahmen. Dafür habe sich das Bundesumweltministerium bei den Verhandlungen zur GAP stark gemacht. Die Ziele des „Green Deal“ – den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft für alle gerecht und inklusiv zu gestalten – wurden ihrer Ansicht nach allerdings bislang verpasst. Es käme nun darauf an, im Rahmen des nationalen GAP-Strategieplans die öffentlichen Leistungen der Landwirtschaft insbesondere für den Klimaschutz zu wertschätzen und entsprechen zu entlohnen.

Strategien und Stellschrauben

Die größten Reduktionspotenziale bestehen bei der Tierhaltung, Düngung und der CO₂-Speicherung im Boden – wirksamste Maßnahme in diesem Bereich stelle, so **Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Joosten**, Universität Greifswald und Greifswald Moor Centrum, die kontrollierte Wiedervernässung von Moorböden dar. Entwässerte Moorböden seien eine der Hauptquellen für Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft in Deutschland (ca. 37 %), obwohl sie nur einen kleinen Teil (7 %) der landwirtschaftlichen Nutzfläche ausmachten. Die Anhebung der Wasserstände nahe Geländeoberfläche sei die effektivste Methode, Emissionen zu vermeiden. **Hubertus Paetow**, Präsident der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, schlug wiederum das Setzen marktpolitischer Anreize wie die Einbeziehung der Landwirtschaft in den europäischen Emissionshandel als Strategie vor. Voraussetzung dafür sei aber eine präzise Bilanzierung auf Betriebsebene. **Dr. Andrea Beste** vom Büro für Bodenschutz und Ökologische Agrarkultur sprach sich hingegen für einen grundsätzlichen Systemwechsel hin zu einer intensiv-ökologischen Landbewirtschaftung aus. Der Klimaschutz- und -anpassungseffekt von Präzisionstechnik sei gering und verbessere die Effizienz nur mit hohem Aufwand. Gleichzeitig warnte Beste davor, Kühe pauschal als Klimakiller abzustempeln. Wiederkäuer seien zentral für den Grünlandschutz, ebenfalls eine wichtige Klimaschutzmaßnahme. Auch **Prof. Dr. Friedhelm Taube**, Christian-Albrechts-Universität Kiel, sprach sich für einen Paradigmenwechsel hin zur „ökologischen Intensivierung“ in Form einer Hybridlandwirtschaft aus. Ziel sollte nicht länger das Ertragsmaximum sein – hier sei die Landwirtschaft in vielen Fällen bereits an den Grenzen des Möglichen angelangt – sondern ein Optimum zwischen Ertragshöhe und Ressourcenverbrauch. Am

Ende nütze es dem Klima jedoch nichts, wenn in Deutschland die Tierhaltung reduziert werde, aber der Fleischkonsum gleichbleibe und das Fleisch dann importiert werde, so **Dr. Anke Zühlsdorf**, Agentur Zühlsdorf und Partner. Ein Klimalabel könne Verbraucher*innen eine bessere Einschätzung der Klimawirkung einzelner Lebensmittel ermöglichen.

„Es ist gut, wenn Landwirte und Landwirtinnen sich für Klimaschutz engagieren, allerdings muss gewährleistet sein, dass ihre Einkommen zur Ernährung ihrer Familien ausreichen, wenn sie sich beispielsweise an der während der Tagung viel diskutierten Wiedervernässung von Niedermoorstandorten oder anderen Maßnahmen beteiligen“, erinnerte **Dr. Rumpf** zum Abschluss. „Wir wollen die landwirtschaftlichen Familien in den ländlichen Räumen halten“ und dies sei auch das Ziel aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung.